

Jour fixe vom 04.02.2019 – Europas Großmächte konkurrieren um die Zukunft ihres Europas (GS 4-18)

2. Deutschland

Deutschland steht wie auch die Franzosen vor der Kündigung Trumps, aber es bezieht sich völlig anders als Macron darauf und will das Angebot von Macron nicht annehmen. Es tut so, als wenn nichts gekündigt wäre. Die imperialistische Lage enthält lauter Angriffe auf die Macht Deutschlands in und mit Europa. Frankreich tritt sehr deutlich in der Konkurrenz um die Führung in Europa auf, Staaten wie Polen oder Ungarn verweigern sich dem deutschen Führungsanspruch. Was ist die imperialistische Logik dieser deutschen Haltung, die als multiple Annahmeverweigerung gekennzeichnet ist?

— *Deutschland steht auf den Standpunkt, wenn es die Vorstellung Macrons übernimmt, stellt es sich gegen die USA. Das wäre für Deutschland eine selbst ausgesprochene, damit endgültige Kündigung der prekären, aber immer noch sehr einträglichen Beziehung. Sie behandeln die Trump'schen Angriffe als nicht generell gemeinte Einzelfälle.*

Stimmt die Kennzeichnung, dass der Grund ist, dass die Lage immer noch akzeptabel für Deutschland ist?

— *Deutschland besteht offensiv darauf, dass seine bisherigen Machtmittel, sich Europa per Geldmacht unterzuordnen und Exportweltmeister wie imperialistische Großmacht zu sein, weiter zu bestehen haben. Trotz der Kündigung durch Trump setzt es auf seine Erpressungsmittel und probiert, wie es damit weitermachen und Angriffe abschmettern kann.*

Das ist eine genauere Kennzeichnung, weil es die Sturheit des Darauf-Beharrens – wir geben nichts von dem her, was wir als Position haben, wir geben dieses Erfolgsmittel auf keinen Fall aus der Hand – deutlicher macht, als zu sagen, sie sind noch erfolgreich. Dagegen, dass von Trump die Grundlage der Geschäftsordnung gekündigt ist, stellen sie sich beinhart auf den Standpunkt, an den Mitteln seines Imperialismus in Europa festhalten zu wollen.

Diesen Standpunkt sollte man positiv ausführen. Damit wäre auch die unterschiedliche Betroffenheit Deutschlands im Vergleich zu Frankreich gekennzeichnet.

— *Als Macht ohne entscheidende militärische Mittel (Atomwaffen) ist Deutschland auf eine Weltordnung und europäische Ordnung angewiesen, in der ihre ökonomischen Konkurrenzmittel zum Tragen kommen. Diese Ordnung ist darüber gekündigt, dass Trump die NATO infrage stellt und damit auch die Friedenspflicht der europäischen Nationen, untereinander zivil zu konkurrieren. Damit ist die Geschäftsordnung prekär, die Deutschland gemäß seinen ökonomischen Potenzen ausgenutzt hat.*

Hier kommt es nicht auf die Besonderheit an, Deutschland als Macht ohne militärische Mittel darzustellen. Es war die Sorte Ordnung, die die USA in Europa durchgesetzt haben: es gibt zwischen diesen Staaten keine militärische Auseinandersetzung, sondern so etwas wie eine Friedenspflicht. Das war die Grundlage dafür, dass in diesem Verhältnis der Staaten zivile Erpressungsmittel, d.h. das Geld und die Macht der Ökonomie, zum Hebel wurden, um sich gegen andere Mächte durchzusetzen. Es war auch der Grund dafür, warum Deutschland seinen Sicherheitsbedarf in der NATO aufgehoben sah. Weil nur der Einsatz der zivilen Mittel, des Geldes und der Ökonomie, etwas zählten, hat Deutschland eine Geschäftsordnung in Europa durchgesetzt, in der es nicht nur als die reichste Nation und als Exportweltmeister zum Sieger wurde. Es hat auch den Staaten, die in dieser Konkurrenz verloren haben, mit diesen zivilen Mitteln immer noch ein Angebot gemacht: auch wenn ihr die Verlierer seid, habt ihr ein gutes Geld; Voraussetzung ist, dass ihr euch im Rahmen dieser Ordnung in eine relative Gültigkeit eurer Souveränität einfügt –, was hier mit dem Schuldenregime benannt ist. Diese zwei Seiten, die Geschäftsgrundlage und die darauf basierende, durchgesetzte Geschäftsordnung der Deutschen, sind gekündigt.

— *Die Deutschen haben sich eine ökonomische Macht und eine Geldmacht auf dieser Grundlage verschaffen können, die ihnen eine politische Macht in Europa ermöglicht hat. Sie stellt ein Mittel dar, den anderen ihre haushaltspolitischen Regelungen zu diktieren. Deutschland sieht jetzt, dass diese Mittel prekär und ihnen aus der Hand geschlagen wurden.*

Aus diesen beiden Punkten, dass 1. sich Deutschland in dieser Geschäftsordnung durchgesetzt hat, indem es die Herrschaft des Geldes zu seiner gemacht hat, und 2. die Staaten in ein Schuldenregime gedrückt hat, indem es den Verlierern eine bedingte Verfügung über ein taugliches Geld offerierte, folgt ein drittes Argument: Deutschland wurde darüber die entscheidende Macht in Europa und betreibt mit diesem Europa einen Imperialismus auf der ganzen Welt. In dieser Reihenfolge wird deutlich, was Deutschland gekündigt sieht. Das ist die Härte, die in der Aufkündigung dessen liegt, was man das Erfolgsmodell Deutschlands genannt hat.

— *Hier hat sich schon etwas verschoben, weil das Beharren als Verlegenheit gekennzeichnet ist. Sie müssen gewahr werden, dass sie nicht souverän über das verfügen, was sie als imperialistisches Mittel und als ihren Erfolgsweg eingesetzt haben. Der neuen Lage entnehmen sie, dass ihr Erfolgsweg zwar gekündigt ist, aber sie wollen es auf dieser Ebene weiter ausnutzen. Das merkt man auch im Umgang mit*

den anderen EU-Staaten.

Es soll nicht einfach behauptet werden, dass für Deutschland eine Geschäftsordnung gekündigt ist und es würde trotzdem daran festhalten. Infrage steht erstens das, worauf die ganze EU und die Rolle Deutschlands in der EU fußt, eben dass sich die Staaten als Mitglieder der NATO und als Mitglieder des Westens einen allseitigen Gewaltverzicht angelegen sein lassen. Ausgehend davon konkurrieren sie als Nationen untereinander mit den zivilen ökonomischen Erpressungsmitteln. Diese Rolle der NATO mit ihrer fraglosen Einigkeit – man ist Bündnispartner, man führt gegen Dritte Krieg, aber nicht untereinander – ist mit der Infragestellung der NATO durch Trump tatsächlich prekär geworden.

Zweitens hat sich Deutschland auf dieser Grundlage eine europäische Union zurecht gemacht. Die gibt es erst mal –und dass deren Grundlage infrage steht, heißt nicht, dass die europäische Ordnung damit gekündigt wäre. Deutschland beharrt auf der Art und Weise, wie es sich Europa ökonomisch eingerichtet hat: dass es als sein Bereicherungsmittel taugt, wie es sich Europa politisch eingerichtet hat, dass die anderen Staaten darauf verpflichtet werden und einen Beitrag zur Stärke des Euros leisten. Auf der Gültigkeit dieser europäischen Ordnung beharrt Deutschland gegenüber allen anderen Staaten – obwohl sich die Geschäftsgrundlage dafür relativiert hat. Deshalb sieht Merkel überhaupt keinen Grund, von ihrem Regime in Europa Abstand zu nehmen. Sie beharrt darauf, dass sich die anderen Staaten nach wie vor nach ihren eingerichteten Regeln der Bankenunion, des Sparregimes und der Dublin-Regelung richten; sie macht gegen alle Anfeindungen aus der EU den Standpunkt geltend, dass Europa weiterhin als das Erfolgsmittel Deutschlands Bestand hat. Es soll egal sein, ob Trump meint, die EU braucht es nicht mehr; ob Frankreich meint, die europäische Union sollte einen ganz anderen Charakter kriegen, nämlich eine eher strategische Angelegenheit sein; ob irgendwelche Oststaaten meinen, sie wären zu wenig souverän; ob Italien meint, es hätte viel zu wenig Nutzen in der EU.

Das ist das Eigenartige an der Annahmeverweigerung der Kündigung: Deutschland tritt mit dem Anspruch an, dass diese europäische Ordnung, wie Deutschland sie sich zugeordnet hat, weiterhin Bestand haben *soll*.

— Es soll also unterschieden werden zwischen der durch Amerika gekündigten Geschäftsgrundlage – dass für Europa Waffenfrieden herrschen soll – und der Macht, welche Deutschland in Europa erreicht hat. Letztere kommt in einen prekären Zustand, dem Deutschland mit seinem Beharren entgegentritt.

Die Kündigung bezieht sich auf die Grundlage. Mit der Kündigung der Grundlage wird der Rest wacklig, das war mit "prekär" gemeint. Der Inhalt des Beharrens heißt nicht "wir machen die Augen zu", sondern alles, was Deutschland sich mit der EU hergerichtet hat, soll fortgeführt werden. Die Lage ist prekär geworden, weil alle anderen sich nicht mehr als Bündnispartner in der NATO den zivil-ökonomischen Erpressungen der Deutschen beugen. Der Grund dafür ist objektiv eine Verlegenheit der Nation.

Diese Herrschaft über Europa mittels Geld ist das fix und fertige Erfolgsmittel Deutschlands. Es gibt keinen Ersatz dafür, keinen Kompromiss oder den Vorschlag, man macht halt ein paar Abstriche. Das geht in der Sache nicht. Hier wird die Wucht deutlich, die im dritten Punkt (S. 40, o.) genannt wird. Im Unterschied zu Frankreich bezieht Deutschland seine imperialistische Wucht nicht aus der Verfügung über eine Atombombe, sondern sein Anspruch, überall in der Welt imperialistisch aufzutreten, resultiert daraus, dass es die ökonomische Führungsmacht in der EU ist.

*

Im Verlauf des Artikels werden die beiden Seiten auseinandergenommen: die eine betrifft die Geschäftsgrundlage, also das Verhältnis zur NATO; die andere die Geschäftsordnung, also wie Deutschland sich auf die eingerichteten ökonomischen Beziehungen in der EU bezieht.

— Auf der Grundlage (der Garantie durch die amerikanische gewaltmäßige Überlegenheit) hat Deutschland für Europa eine Geschäftsordnung durchgesetzt, in der mehr steckt, als dass nur Geschäfte gemacht werden. Das ist eine Machtposition, die sich die deutsche Souveränität gegenüber den anderen europäischen Nationen verschafft hat. Diese Macht von Deutschland ist ein Stück Ersatz für eine fraglose Gewalt, die sonst hinter jeder Geschäftsordnung steht. Auf deutscher Seite steht jetzt nicht der Idealismus an in dem Sinne, wir wollen es nicht wahrhaben und bestehen einfach darauf. Vielmehr machen sie geltend, was sie auf der Grundlage dieser amerikanischen Garantie als Geschäftsordnung und damit auch als Machtposition aufgebaut haben.

— Hervorzuheben ist doch, dass auch für Deutschland das Erfolgsmittel seines zivilen Imperialismus gefährdet ist, wenn sowohl die Geschäftsgrundlagen wie auch seine Ordnung angegriffen sind, auch wenn im Artikel steht, dass Deutschland mit einer Mischung aus „business as usual“ und wortreichen Bekenntnissen zu Europa weiter darauf bestehen will, die Führungsmacht in Europa zu sein. Diese Führungsrolle ist doch gefährdet.

Wir sind an einem anderen Punkt. Wenn jetzt gesagt wird, die Geschäftsgrundlage und -ordnung seien gekündigt, dann wird vermutlich daran gedacht, dass Trump diese Kündigung in dem Sinn vorgenommen hat, dass er von der NATO nicht viel hält und bezüglich des weltweiten Geschäftemachens darauf beharrt,

dass dies in jedem Fall zum Nutzen Amerikas stattzufinden hat. Im Artikel geht es darum, was diese Kündigung bedeutet, insofern sie die Grundlage der ganzen europäischen Geschäftsordnung ist. Hier heißt es, die Mitgliedschaft aller europäischen Mächte in der NATO ist die Grundlage gewesen für die Einrichtung einer speziellen europäischen Geschäftsordnung. Und auf *der* beharrt Deutschland.

Wenn die Wucht der ökonomischen Potenz Deutschlands zum Zuge kommt, weil sich die Staaten auf einen bloß zivilen, ökonomischen Verkehr untereinander verpflichtet haben, dann ist diese Wucht gefährdet, wenn die vorausgesetzte Prämisse, dass man sich als Bündnispartner nicht wechselseitig ans Leder geht, infrage steht.

— *Das ist die Erklärung der Überschrift: „Deutschland besteht auf seiner zwar gekündigten, aber immer noch ausnützbaren transatlantischen Geschäftsgrundlage“. Offensichtlich ist mit der Kündigung seitens Amerikas diese Ausnutzbarkeit noch nicht automatisch außer Verkehr gezogen. Deutschland nutzt aus, was es auf dieser Geschäftsgrundlage geschaffen hat: seine Position in Europa existiert als eine ökonomische Überlegenheit, die sich zu einer machtmäßigen fortentwickelt hat, indem in die Souveränität der anderen Nationen eingegriffen wird.*

— *Auch ökonomisch wird ein Stück der alten Ordnung angegriffen, wenn Trump die internationale Handelsordnung aufkündigt, Deutschland mit Zöllen bestraft und damit die Wege zerstört, wie Deutschland über das Verdienen von Dollars seine Macht bezieht und den Euro vertrauenswürdig macht. Umgekehrt regiert er direkt in Europa hinein, indem er andere EU-Staaten wie z.B. die östlichen in Sachen Energieversorgung auf sich bezieht und diesen erlaubt, sich somit unabhängiger von der EU-Geschäftsordnung zu machen. Das sind alles Momente der Zersetzung der bisherigen Ordnung.*

Es wurde versucht, den Unterschied aufzuzeigen zwischen der Geschäftsgrundlage, d.h. dem durch die USA durchgesetzten Gewaltverzicht in Europa, und der Geschäftsordnung, die Deutschland auf dieser Basis für Europa geschaffen hat. Mit dem Verbot der militärischen Auseinandersetzung wurde die Macht des Zivilen, des Geldes, in Szene gesetzt. Das hat Deutschland durchgesetzt in Form einer EU, deren Zusammenhang über das Geld hergestellt wird, mit seiner überlegenen Ökonomie, so dass es die entscheidende Macht ist und mit seinem Kredit den anderen die Bedingungen ihres Schuldendienstes diktiert. Das Erste ist gekündigt, das Zweite wird damit prekär.

Trump behauptet, dass Europa ein antiamerikanischer Club sei, von dem Deutschland am meisten profitiert. Insofern besteht Trumps Angriff nicht nur in dem Abstrakten, dass er die Bedeutung der NATO relativiert, sondern es finden – und das ist das Dritte – tagtäglich die verschiedensten Angriffe auf Europa als einem Bündnis statt, das Deutschland befähigt, in der Welt imperialistisch und antiamerikanisch aufzutreten. Mit diesen Überlegungen ist man aber beim Thema Trump und nicht mehr bei Deutschland.

Dass Trump sich nicht mehr offensiv zur NATO bekennt, heißt nicht, dass die NATO und die Bündnisverpflichtungen nicht mehr existieren. Infrage gestellt ist, was aus der NATO wird, welche Rolle sie spielen soll und auf was sich die NATO-Partner überhaupt noch einigen können. Einstweilen sind sie noch nicht dazu übergegangen, sich als potentielle Kriegsgegner zu behandeln. Das ist nach wie vor das Ausnutzbare an der weiter existierenden NATO.

*

Wie steht Deutschland damit im Verhältnis zu Frankreich und Macrons Zukunftsmodell für Europa?

— *Macrons Vorschlag eines militärischen Ausbaus Europas unter französischer Führung ist für Deutschland keine Alternative. Erstens, weil sich Frankreich nicht unterordnet und zweitens, weil es keine Alternative zu dem ist, was die USA bisher mit der NATO in Europa durchgesetzt haben.*

Die force de frappe ist kein Ersatz für die Leistung des überlegenen Monopols, das die USA diesbezüglich in der Welt und speziell in Europa geschaffen haben. Macron will eine militärische Aufrüstung Europas auf der Grundlage der französischen Atomwaffen, die aus einer stattlichen Palette von kleineren Waffen bis Interkontinentalraketen besteht, und gründet darauf seinen europäischen Führungsanspruch. Wie ist da die deutsche Stellung beschaffen, wenn es einerseits die Trump'sche Kündigung gibt und andererseits das Angebot Macrons kein Ersatz ist für die Grundlage, die in der amerikanischen Macht existiert hat?

Die drei Argumente, warum Macrons Angebot nicht angenommen wird, sind: 1. die Leistung, nur zivile Mittel, d.h. nur das Geld einzusetzen und auf der Grundlage so etwas wie ein Regime in Europa zu errichten, ist von der force de frappe nicht zu haben; 2. schon gleich nicht in der Eindeutigkeit, dass Deutschland der Nutznießer davon wäre; 3. ist festzuhalten, dass eine Unterordnung Deutschlands unter Frankreich nicht infrage kommt. Dieser dritte Punkt wäre zugleich ein Affront und die definitive Kündigung des transatlantischen Verhältnisses zu den USA.

Deutschland probiert einerseits, Amerika weiter als die Grundlage seines machtvollen Auftretens in der Welt zu benutzen, und lässt sich andererseits seine europäische Führungsposition nicht durch eine Unterordnung unter Frankreich entwerten.

— *Deutschland engagiert sich in Polen als Führungscorps und forciert damit aktiv seinen Beitrag zur NATO, um die Wichtigkeit Deutschlands für die NATO und Amerika zu beweisen und sich so ein Stück*

Mitsprache zu sichern. Gleichzeitig tritt es dafür ein, dass Europa militärisch selbständiger werden muss, indem es den Aufbau militärischer Kapazitäten in Form von Großprojekten in Konkurrenz zu und in Zusammenarbeit mit Frankreich (z.B. eine neue Generation von Kampfflugzeugen) fördert.

Zum Ersten gehört, dass Deutschland mittels des eigenen Beitrags zur NATO versucht, Amerika zum Festhalten an der NATO zu bewegen. Das Zweite steht gleichzeitig für eine Relativierung der französischen Macht. Hier kann auch das Geschachere um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat eingeordnet werden, der europäisch sein soll und so die französische Position relativieren würde.

Dieses eigenständige europäische Rüstungsvorhaben und das Verdrängen der Amerikaner aus dem europäischen Rüstungsmarkt ist ein Antiamerikanismus, denn es wendet sich gegen die rüstungsmäßige Abhängigkeit von den Amerikanern. Aber dies fällt nicht zusammen damit, dass sich die strategische Ausrichtung Deutschlands dahingehend ändern würde, dass es sich nicht mehr als Mitglied der NATO militärstrategisch bestimmen und unter Leitung der Franzosen eine Militärpotenz entwickeln würde, die eigene strategische Zielsetzungen verfolgt. Diesem Letzteren verweigert sich Deutschland ja gerade.

— *Wie passt dazu, dass in dem neuen Aachener Vertrag eine Fülle gemeinsamer Projekte enthalten sind, die über die Rüstungsprojekte hinausgehen?*

Es fällt auf, dass der Vertrag in keiner Hinsicht besprochen worden ist als Erfolg Macrons, als er hätte endlich Deutschland von dem gemeinsamen imperialistischen Projekt überzeugt und würde das machen, was er in der Sorbonne-Rede angekündigt hat. Als ein „Rahmenvertrag“, gibt der nur Absichtserklärungen wieder. Der *Wille* zur Zusammenarbeit wird getrennt von der Zusammenarbeit, die hier ins Auge gefasst ist. Zugespißt ist es der Ersatz für das, was Macron vorgeschlagen hatte.

Insofern passt das zur Aussage der vorigen Diskussion, die von einem „Verteidigungs- und militärstrategischen Sicherheitssumpf“ sprach. Es gibt solche Anläufe wie die GSVP oder PESCO, bei denen das Ideal einer neben oder über die NATO hinausgehenden eigenständigen verteidigungspolitischen Zusammenarbeit projiziert wird. Aber aus gutem Grund kommen diese laufend nicht zustande und deswegen heißt es „Sumpf“.

— *So heißt es auch im Artikel: „Jenseits der Gegensätze in der Sache legt Merkel großen Wert auf die inszenierte Einigkeit unter den rivalisierenden Machern Europas.“*

Für beide Seiten gilt: Frankreich will sich als Führungsmacht mit Deutschland an die Spitze stellen, und umgekehrt setzt Deutschland auf seinen Führungsanspruch nicht als Negation des französischen Anspruchs, sondern um Frankreich als Co-Führungsmacht zu benutzen.

In Bezug auf das Extracorps, das Deutschland nach Litauen schickt, urteilt der Artikel: da bemüht sich Deutschland „um die Aufrechterhaltung einer Fiktion ... als existierte in Russland noch der eine gemeinsame Feind, der bedingungslose Bündnistreue erzwingt“ (S. 41). Ähnlich steht es in dem Aachener Vertrag. Die Fiktion ist hier nicht idealistisch gemeint, sondern die Gemeinsamkeit wird praktisch darin aufrechterhalten, dass Deutschland und Frankreich zusammen die für Europa zuständigen Mächte sind. Dies soll aber getrennt von all ihren Gegensätzen gelten, die sie haben. Es gab immer schon den Willen Deutschlands wie Frankreichs zu einer eigenständigen, von der NATO getrennten Sicherheitskonstruktion, siehe die GSVP. Etwas Handfestes ist aber nicht daraus geworden, schon gleich nicht der im „eigenständig“ mit gedachte Antiamerikanismus. Dahinein gehören die Elemente des Aachener Vertrages, soweit sie das Militärische betreffen.

Insofern ist es nicht nur Ausdruck der Gegensätze, die zwischen Frankreich und Deutschland nach wie vor bestehen (weshalb man über die Absichtserklärung nicht hinauskommt), sondern es dokumentiert auch die ausbleibende Zuordnung der restlichen Staaten zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, wenn diese als deutsch-französische Abteilung verabschiedet wird.

*

Zu dem Punkt: Deutschland besteht auf seinem Geldregime, wurde bereits ausgeführt: Die Geschäftsordnung Europas, in der mit zivilen, ökonomischen Mitteln und mit einem gemeinsamen Geld die Konkurrenz der Staaten abgewickelt wird, ist ein nach deutschen Vorgaben eingerichtetes Regime, das supranationale europäische Gültigkeit hat und das Erfolgsmittel für Deutschland innerhalb Europas ist. Diese autonom europäische Geschäftsordnung ist das Erfolgsmittel Deutschlands, daraus bezieht es seine Finanzmacht über die anderen Staaten und auf der Grundlage tritt es in der Welt als imperialistisches Subjekt auf. Gegen alles, was an dieser Geschäftsordnung prekär geworden ist, stellt sich Deutschland stur auf den Standpunkt, dass diese weiter Gültigkeit hat und besteht in dem Sinn auf dem Umgang anderer Staaten mit ihren Schulden, mit ihrem Haushalt usw. All das soll wie bisher die Qualität des europäischen Geldes, die deutsche Finanzmacht und die deutsche Macht überhaupt gewährleisten.

— *Wie ist das einzuschätzen, ist das eine "Vogel-Strauß-Politik"? Es ist dauernd von der Veränderung, der Kündigung die Rede und das Ergebnis ist, dass Deutschland so tut, als wäre nichts passiert. Hat das militärpolitische Konsequenzen, dass das ökonomische Verhältnis ausgehebelt ist?*

Man kann nicht sagen, dass das ökonomische Verhältnis ausgehebelt ist: Alle Eurostaaten haben sich

ökonomisch abhängig gemacht von der Verwendung des Euro als ihrem nationalen Geld und sind in dem Sinn davon abhängig, wie es um dieses Geld bestellt ist. In der Finanzkrise hat Deutschland dafür gesorgt, dass alle Staaten mit ihrer Haushaltspolitik von ihm abhängig gemacht worden sind: Deutschland ist mit seiner Kreditmacht die Garantiemacht des Eurogeldes und der Euroschulden der anderen Ländern, d.h. die anderen Länder sind darauf verwiesen, dass sie über Haushaltsmittel verfügen, die nach den Regeln der EZB, des Fiskalpakts und der Kreditmacht von Europa bestimmt sind. Diese Geschäftsordnung ist nach der Finanzkrise viel mehr als bloß das gemeinsame Geld (was man am Beispiel Italien und Griechenland sehen kann). Die anderen Staaten können es sich nicht mehr herausnehmen, einen eigenen Haushalt zu gestalten. Dabei werden sie haushaltstechnisch selbstverantwortlich gemacht; sie bekommen keine Transferleistungen, es wird keine gemeinsame Haushaltspolitik betrieben, aber ihr Haushalt unterliegt zugleich den Regeln, die Deutschland für ordentliches Haushalten durchgesetzt hat. An die Einhaltung dieser Regeln ist geknüpft, dass diese Länder überhaupt kreditfähig bleiben. Die Konsequenz ist erst mal nicht militärischer Natur, sondern sie zeigt sich z. B. am Fall Italien.

Der deutsche Standpunkt ist, dass Deutschland für sein Diktat keinen Preis zahlt. Die Konsequenzen, die es damit in Europa anrichtet, gilt es zu erläutern.

— *Die errungene Machtposition ist trotz der Kündigung der Geschäftsgrundlage durch Trump das europäische Geldregime, der zivile Imperialismus, in dem sich Deutschland alle europäischen Staaten untergeordnet und in ihre Haushalte hineinregiert hat. Weil alle Staaten Teil dieses Euroregimes sind, kann ihnen auf der ‚zivilen‘ Ebene mit der Katastrophenperspektive ‚Staatsbankrott im Falle eines Ausstiegs‘ gedroht werden.*

— *Aber gibt es aus dem allen keine Verlängerung mit Blick auf das Militär? Gibt es einen Zusammenhang von der früheren Rolle ‚politischer Zwerg, aber ökonomischer Riese‘ zu der aktuellen prekären Lage im Hinblick auf die Trump’sche Politik. Was bedeutet es für das, was Deutschland praktisch militärpolitisch zu tun gedenkt?*

Die praktische militärische Politik besteht derzeit im Drängen von der Leyens, den Militärhaushalt in den kommenden Jahren aufzustocken, ein Stück Aufrüstung zu planen, in der berechnenden d.h. begrenzten Teilnahme an Missionen der Franzosen in Mali, etc. Soll das die Konsequenz daraus sein? Soll behauptet werden, dass aus dem Ganzen so etwas wie ein Interesse der Deutschen an einem stärkeren Militär herauskommt?

Man muss sortieren: Sicher gibt es hier zig Verlängerungen. Aktuell wird in den Medien diskutiert: wie stellen sich die Deutschen zur Kündigung des INF-Vertrags; wie übernehmen sie Verantwortung, wenn sie zwischen USA und Russland vermitteln wollen; was bedeutet die Gründung dieser Zweckgesellschaft im Fall Iran? Da gibt es viel zu klären, aber das geht weg von dem Artikel, in dem darauf eingegangen wird, was Trump auf der Welt anrichtet und wie das die europäischen Staaten als Klub souveräner Staaten trifft. Diese betreiben in Konkurrenz zueinander ein gemeinsames Projekt, und es ist zum Gegenstand gemacht, wie sie um die Zukunft dieses Projekts konkurrieren. Eine andere Frage ist: Was folgt überhaupt für Deutschland aus der neuen Situation, in die Trump die Welt gesetzt hat? Im vorliegenden Artikel geht es speziell am Beispiel der drei europäischen Führungsmächte darum, dass Trump keine einheitliche Reaktion bei den europäischen Staaten erzeugt, sondern ganz unterschiedliche nationale Vorstellungen darüber, wie es mit Europa weitergehen soll. Wenn Frankreich darauf setzt, aus Europa einen militärstrategischen Staatenbund zu machen – wofür es natürlich auch ein gutes Geld braucht und eine solide ökonomische Grundlage –, ist das etwas anderes, als wenn Deutschland sagt, die EU taugt ihm als Grundlage dafür, dass es ökonomisch und politisch in der Welt gestärkt wird, und das soll erhalten bleiben.

Von Deutschland als "ökonomischem Riesen, aber politischen Zwerg" zu sprechen, ist nicht die Welt von heute. Es ist auch nicht mehr der Standpunkt Deutschlands, sich selbst zu beauftragen, in der Welt Verantwortung übernehmen zu müssen, sondern das tut es bereits permanent und mischt sich z.B. in Venezuela ein.

Als Konsequenz der deutschen Politik ist erstmal festzuhalten, dass Deutschland das untergräbt, worauf seine Stärke beruht. Es strapaziert Frankreichs Partnerschaft bis zu dem Punkt, wo es Anlass zur Sorge hat, Frankreich zu brüskieren. Deshalb gibt es Verträge wie den von Aachen und Erklärungen, dass man mit Frankreich zusammenarbeiten will. Die Reaktion Deutschlands ist also nicht nur zu beharren und nicht sehen zu wollen, was passiert ist, sondern es ändert etwas an Europa. Es strapaziert die zweite Führungsmacht, auf deren Willen es angewiesen ist, um das europäische Projekt voranzubringen.

3. Italien

Italien konkurriert um eine Neugründung Europas, die sich sehr von der Macrons unterscheidet.

— *Bei dem Programm der italienischen Regierung fällt im Vergleich dazu auf, was vor ein paar Jahren das europäische Spar-Regime gegen Griechenland durchgesetzt hat: Industrien wurden plattgemacht, Renten gekürzt und Leute entlassen. Die italienische „Regierung der Veränderung“ beabsichtigt jetzt, dass Frührenten eingeführt, Rentenerhöhungen stattfinden, ein Bürgergeld beschlossen wird und steht*

damit in direkter Konfrontation zu dem Brüsseler Euro-Regime. Gegen dieses Regime beharrt Italiens Regierung darauf, dass für ihren Standort und die Brauchbarkeit ihres Volkes etwas getan werden müsse.

Wie kann man von dem her, was Italien für sich will, dessen Stellung zu Europa kennzeichnen?

— Sie sehen in dem, was das Euro-Geldregime bisher bei ihnen angerichtet hat und dessen praktische Folgen fürs Volk eine nationale Souveränitätsbeschränkung. Das heißt für sie nicht "raus aus Europa", sondern sie wollen in Europa bleiben, aber dieses Europa muss den einzelnen Staaten ihre Souveränität zurückgeben. Sie erklären: Wir sind doch der EU beigetreten wegen eines Nutzens für unser Land, der jetzt nicht mehr zustande kommt.

Europa muss zum Vorteil Italiens so umgebaut werden, dass es für sein Programm funktioniert. Dazu gehört der Kampf gegen die Souveränitäts- und Verschuldungsbeschränkungen. Sie erklären sich für souverän genug, darüber zu bestimmen, wie die EU auszusehen hat.

— Dabei ist der entscheidende Punkt: dass die Verschuldung wieder autonom gehandhabt werden kann, setzt voraus, dass es eine gemeinsame Entschuldung zum Nutzen Italiens gibt. Zu solchen ‚konstruktiven Vorschlägen‘ sagen die Deutschen nein. Das widerspricht total dem Geldregime, das weiterhin gelten muss, damit der Euro ein stabiles Geld bleibt.

— Italien besteht darauf, dass sein Haushalt in eigener Regie bestimmt wird und nicht von Brüssel. Anfangs war Europa gedacht als Stärkung der nationalen Souveränität und sein Programm hieß, dass die Nationen davon profitieren und gemeinsam ein starkes Geld haben. Zu diesem alten Programm muss Europa zurückkehren und dazu kann Italien es auch ein Stück weit nötigen.

Es ist formell zu sagen, sie wollen wieder den alten Zustand, indem sie die Entschuldung Italiens fordern. Sie sind ja mit ihren Schulden, die sie hatten, der EU beigetreten. Die neue Regierung stellt sich jetzt zu dem Ruin Italiens. Diesen Zustand wollen sie durch den Gebrauch ihrer souveränen Macht beheben und selbständig beschließen, wie hoch sie sich verschulden. Brüssel soll eine höhere Neuverschuldung Italiens absegnen, um dessen Wirtschaft anzukurbeln und damit den Schuldenabbau ermöglichen.

— Italien war ja praktisch bankrott, als es der EU beigetreten ist. Salvini und Co. behaupten, wenn Italien so hoch verschuldet und seine ökonomische Potenz so angegriffen ist, liegt das an den Vorgängerregierungen: diese waren Vasallen von Brüssel und haben den nationalen Auftrag verraten. Ihr populistisches Argument dazu lautet: wir brauchen unsere verlorengegangene Souveränität zurück.

— Nur zu sagen "Italien ist ruiniert" passt nicht, weil sie ökonomisch durchaus etwas putzen. Im Artikel steht: Italien ist die zweitstärkste EU-Exportnation; anders als Griechenland hat es konkurrenzfähige, schlagkräftige Kapitale. Daher steht Italien auf dem Standpunkt, es kann doch nicht sein, dass wir als potente Industrienation gleichzeitig unter einem Schuldendiktat stehen und uns nur eine Schuldensteigerung von 0,8 % für unseren Haushalt erlaubt wird; wir kommen nicht aus dieser Falle heraus, weil uns der Schuldenberg nicht erlassen wird.

— Italien hat ja Exportüberschüsse und dies verleitet zu dem Gedanken, es müsse doch gut dastehen. Jedoch werden sie vom Finanzkapital an ihrer Schuldentragfähigkeit gemessen und bekommen einen Risikoaufschlag, weil die Alt-Schulden, welche die Vorgängerregierungen (auch noch zu Lira-Zeiten) angehäuft haben, als gute Euro-Schulden nach wie vor in den Büchern stehen. Das bedeutet, dass ihre Staatsverschuldung auf 130 % liegt (statt den erlaubten 60 %), sie somit unter der Aufsicht der EU stehen und sich den Haushalt in puncto Neuverschuldung diktieren lassen müssen.

Italien hat zwar eine industrielle Produktion und exportiert innerhalb der EU in bedeutendem Ausmaß, aber das fällt nicht damit zusammen, dass in Italien ein Wachstum stattfinden würde, das in einem Verhältnis zu den Staatsschulden dieser Nation steht (siehe auch die abgehängten Süd-Regionen). Das ist sein ökonomischer Ausgangspunkt. Die Exporterfolge fallen nicht mit einem inländischen, ökonomischen Wachstum zusammen, das dem Staat Mittel verschaffen würde, mit denen es sich refinanzieren und seine Verschuldung in großem Maßstab abdecken kann. Deswegen besteht dieses Missverhältnis, in dem die Schulden das übertreffen, was an Brutto-Sozialprodukt und an Kapitalwachstum in Italien zustande kommt. Daraus leitet die „Regierung der Veränderung“ den politischen Standpunkt ab, dass diese Nation, die als Exportmacht etwas darstellt, in Europa untergebuttert wird.

Wenn es dazu im Artikel heißt "Italien lebt ... über seine Verhältnisse", deutet dies auf Staatsschulden hin, für die es nach Ansicht der Finanzmärkte nicht allein gerade stehen kann. Italien mit seiner Schuldenlast ist nur als EU-Mitglied eine solide Nation, wobei die EU als Ganzes diese Schulden stützt – insbesondere Deutschland mit seiner Garantiemacht. Die EZB kauft laufend die italienischen Staatsschulden auf und sorgt so für dessen Refinanzierung. Dafür hat Italien den Preis zu zahlen, dass es nicht mehr souverän über seinen Haushalt verfügen darf und sich den Regeln des Fiskalpaktes unterwerfen muss.

Die aktuelle Regierung tritt mit dem Standpunkt an: wenn wir uns in diesem Jahr 2,4 % Schulden genehmigen, verfügen wir über die Mittel, um aus Italien wieder ein prosperierendes Staatswesen zu machen; eine Nation, in der die Bürger aufgrund ihres Bürgereinkommens konsumieren, lässt das Wachstum in die Höhe schnellen. Für dieses Programm fordert Italien von der EU, dass ein Teil der

Schulden getilgt wird. Das soll das Verfahren sein, um neue und gute Schulden machen zu können.

Italien will ein Stück Geldhoheit für sich wiedergewinnen und besteht darauf, dass die Notlage Italiens unter Respektierung der Brüsseler Vorgaben nicht behoben werden kann. Diesen Standpunkt praktiziert es als expliziten Regelverstoß gegen das gültige Brüsseler Regime. Damit stößt Italien auf einen Widerspruch seiner Finanzhoheit: seine Finanzmacht hängt daran, was der Euro insgesamt taugt und nur als dem Euro-Regime unterworfenen Nation kann es die Finanzmärkte beeindrucken.

*

Das Argument, warum Italien sich das leistet und was es dafür in Anschlag bringt, heißt "schlichte Erpressung"!

— *Italien droht Europa damit, dass sein Bankrott auch Europa schädigt. Dagegen kontert Europa: ihr werdet von den Finanzmärkten die entsprechenden Reaktionen erfahren, sie verteuern eure Schulden und damit werden solche Eigenmächtigkeiten quasi bestraft. Es ist schon bemerkenswert: bei dem, was Europa befürchtet – dass ein Bankrott Italiens auch Europa beschädigen kann –, setzt es gerade auf die finanzkapitalistische Macht, die tatsächlich in der Lage ist, einen ganzen Schuldenberg zu wertlosen Zetteln zu machen. Auf diesen zugespitzten Widerspruch soll hier hingewiesen sein.*

Bei diesem Widerspruch des Europa-Projekts ist man gelandet, wenn ein Mitglied auf dem Standpunkt steht: Brüssel kann es sich nicht leisten, mich Bankrott gehen zu lassen – damit wäre auch sein Projekt gescheitert. Wenn das als Erpressung von dem drittgrößten EU-Staat kommt, wenn nur noch das für Europa spricht, stellt das ein verheerendes Zeugnis über diesen Verein aus.

— *Worauf setzt eigentlich Europa, wenn es "die ökonomische Instanz" d.h. die Finanzmärkte anführt? Europa begegnet dieser Bankrottdrohung Italiens mit der Ansage "probiert es". Es setzt darauf, dass auch Italien letztlich den angedrohten Bankrott nicht wollen kann. Italien zeigt sich unbeeindruckt von dieser Drohung mit dem Verweis auf die Reaktion der Finanzmärkte.*

Eine Botschaft Europas an Italien im Sinne von "probiert es" trifft die Sache nicht. Man muss festhalten, dass Europas Institutionen genau auf die Instanz setzen, der sie in Europa die Macht über die Staatshaushalte und die Entscheidung über den Wert ihrer Schulden *überantwortet* haben. Damit setzen sie auf die Macht des Finanzgewerbes.

— *Dieser Poker hat doch das Besondere, dass der Verweis auf die Finanzmärkte als Argument zieht. Italien strebt eine Neuverschuldung an, die über der bisherigen Grenze liegt: statt 0,8 jetzt 2,04 %.*

Einerseits gab Italien im Haushaltspoker knallhart zu verstehen: euer Projekt ist am Ende, wenn wir bankrott gehen. Andererseits reitet Brüssel auf dem Widerspruch dieses italienischen Projektes herum, dass es eine nationale Hoheit über sein Geld haben will, das gar nicht mehr sein Geld ist. Italien will seine Schulden loswerden, die nicht mehr in seiner eigenen Hand, sondern in Form von spekulativen Werten bei italienischen Banken liegen oder von der EZB aufgekauft werden. Europa ist gleichermaßen Hindernis wie Bedingung des Umgangs Italiens mit seinen Finanzen.

— *Der Hinweis auf die disziplinierende Macht des Finanzkapitals funktioniert auf der Grundlage, dass Italien sich unterordnet und Europa als letzte Instanz über seine Geldhoheit akzeptiert.*

Das ist doch gerade der Witz in diesem Hin und Her. Europa in Gestalt von Deutschland beharrt darauf, dass es Grenzen für die Verschuldung geben muss, weil sonst das europäische Geld darunter leidet und die Euro-Schulden sich verteuern. Kaum hält sich Italien nicht mehr an diese Regeln, indem es die Schuldengrenze überschreitet, fängt das Finanzkapital damit an, gegen die italienischen Staatsschulden mit der Verteuerung (Spread) zu spekulieren. Dieser ökonomische Sachverhalt wird von beiden Seiten ins Feld geführt: die Italiener sagen, das kann euch nicht gleichgültig sein, dass wir in die Pleite schlittern und Brüssel sagt, ihr merkt doch, wie notwendig es ist, sich an die Schuldengrenze zu halten, sonst werden eure Zinsen unbezahlbar. In diesem Streit zwischen EU-Kommission und Italien üben die Finanzmärkte eine disziplinierende Wirkung aus und signalisieren, dass sie wegen der verweigerten Unterordnung Italiens unter den Fiskalpakt das Vertrauen in italienische Staatsschulden verlieren und die Zinsen anheben. Das veranlasst *beide Seiten*, einen Kompromiss zu suchen. Italien erhält die Auskunft, die Mehrverschuldung verschaffe ihm nicht mehr finanzielle Souveränität, weil es die mit einem erhöhten Zins bezahlen muss. Andererseits ergeht von der EU-Kommission ein Signal an die Finanzmärkte, man habe Italien dazu gebracht, einzulenken und im Prinzip wieder die Regeln zu akzeptieren.

Aber auch nur "im Prinzip"! Denn mit diesem Kompromiss ist ein Stück Zersetzung der europäischen Geschäftsordnung aktenkundig, weil geduldet worden ist, dass ein Land sich partiell über sie hinwegsetzt.

— *Deswegen bekommt der Kompromiss den Charakter, eine Ausnahmeerscheinung für dieses Jahr zu sein und man definiert ihn als einen Schritt zu einem künftigen, regelkonformen Verhalten.*

Das ist das Signal, auf das es der EU-Kommission ankam. Hier liegt ein prinzipieller Verstoß in der Sache vor, aber es soll eine einmalige Ausnahme gewesen sein. Es lebt von der doppelten Einordnung, dass es einerseits eine Aufkündigung ist, wenn ein Land es sich herausnimmt, nicht das vereinbarte Schuldenregime zu respektieren; andererseits soll es aber nur dies eine Mal sein. Außerdem wurde das

Argument akzeptiert, dass Italien damit seine Konjunktur ankurbeln will. Wenn in Folge wirklich mit diesem Geld Wachstum generiert wird, ist es der Kommission auch recht. Auffallend war, dass sich Deutschland zurückgehalten und auf die EU-Kommission als Zuständige verwiesen hat. Auch Italien hat hier schwerpunktmäßig nicht Merkel als die Schuldige benannt, sondern Brüssel.

*

— *Bei dem Streit um das EU-Grenzregime und den Kampf um die Flüchtlinge gibt sich Italien nicht kompromissfähig: Salvini macht italienische Häfen für Rettungsschiffe mit Flüchtlingen dicht, sofern keine festen Aufnahme-Zusagen anderer EU-Länder vorliegen. Durch das italienische Verhalten wird das Schengen-, Dublin- und generell das EU-Außengrenzen-System angegriffen. Das wirft lauter Souveränitätsfragen auf, die bisher in der EU strikt geordnet waren.*

Italien demonstriert, dass es sich nicht an die ausgemachten Regeln hält. Dies betrifft nicht nur die EU-, sondern auch die UN-Regeln, die Italien verpflichten sollen, Boote mit Geretteten anlanden zu lassen, die Flüchtlinge bei sich zu registrieren und deren Asylverfahren abzuwickeln. Gegen diese Regeln verstößt Italien offensiv und verhindert auch, dass NGOs überhaupt Schiffbrüchige retten können.

— *Italien fordert, dass ein System, das Italien und den anderen Anlandeländern automatisch die Bürde auferlegt, abgeschafft werden muss.*

Dieser Streit mit der EU-Kommission wird zu Lasten der Flüchtlinge ausgetragen. Exemplarisch ging es kürzlich um 46 Flüchtlinge, die tagelang vor Italiens Küsten ausharren mussten, bis EU-Länder gefunden wurden, die sie aufnehmen. Allein 2019 gab es bisher 200 Ertrunkene.

Die Brüsseler Vorschrift, die Italien darauf verpflichtet, dass sie alle Flüchtlinge aufnehmen, die bei ihnen ankommen, betrachtet Italien als Eingriff in seine Souveränität. Es wird prinzipiell, betrachtet die gültige EU-Rechtslage als unzulässigen Eingriff in die nationale Hoheit und weist die Vorschrift zurück. Die Flüchtlinge bekommen so die Ehre, dass sie für diesen Streit den Stoff liefern.

Auch das hat nichts mit einer Kündigung Europas zu tun. Italien verlangt, in der Weise die europäischen Regeln mitzubestimmen, dass die auch zum italienischen Nutzen ausfallen.

*

Nächstes Mal (18.02.19): Sanktionen (GS 4-18); danach Brexit (vgl. GS 3/16): bemerkenswerte Fortschritte, England soll erklären, was es will, Neuverhandlungen kommen nicht infrage, die Nordirland-Frage.